

International

Jetzt gehen sie selbst auf Gangsterjagd

Bürgerwehren in Haiti Ihr Schlachtruf «Bwa Kale» bedeutet: keine Gnade mehr. Im bitterarmen Haiti kämpft ein Teil der Bevölkerung seit Wochen äusserst brutal gegen Kriminelle. Experten befürchten eine Spirale der Gewalt.

Christoph Gurk, Buenos Aires

Alles begann am 24. April. In Canapé Vert, einem Viertel im Süden der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince, hatte die Polizei 14 mutmassliche Mitglieder der sogenannten Ti-Makak-Gang verhaftet. Seit Jahren schon terrorisieren Banden wie sie die Bevölkerung in dem bitterarmen Karibikstaat: Sie erpressen Schutz- oder Lösegeld, sie rauben, foltern und morden.

Laut den Vereinten Nationen gab es allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres mehr als 800 Morde in Haiti. Im April stieg die Zahl der Tötungsdelikte dann sogar auf 600. Dazu kommen Hunderte Entführungen und systematische und massenhafte Vergewaltigungen. Haiti stehe «am Abgrund», warnt der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk. Er bezeichnet die Lage im Land als einen «lebenden Albtraum». Der Staat, sagt er, sei nicht mehr fähig dazu, zu reagieren.

Lebendig verbrannt

In dieser scheinbar aussichtslosen Situation schlug nun, am Morgen jenes 24. April, die Verzweiflung in Wut um. Passanten zerrten in Port-au-Prince die eigentlich schon verhafteten Gangmitglieder aus dem Polizeiauto, verprügelten sie, wuchteten Reifen auf sie, kippten Benzin darüber – und verbrannten sie bei lebendigem Leib.

Von da an war es, als habe sich eine Schleuse geöffnet: Bilder und Videos von den Lynchmorden machten im Netz die Runde. Bald zogen auch anderswo Mobs mit Stöcken und Macheten bewaffnet durch die Strassen und jagten Kriminelle. Es entstand so etwas wie eine Selbstjustiz- und Bürgerwehrbewegung, ihr Schlachtruf: «Bwa Kale», auf Deutsch so viel wie «geschältes Holz», ein Ausdruck, der vor allem für hartes Durchgreifen steht: keine Gnade mehr.

Entsprechend brutal sind die Methoden der Bürgerwehren. Das haitianische Zentrum für Menschenrechtsanalyse und -forschung (CARDH) geht in ei-



Nehmen das Gesetz in die eigene Hand: Mitglieder der Bürgerwehr Bwa Kale. Foto: Ariana Cubillos (AP)

nem Bericht davon aus, dass seit der Entstehung der Bwa-Kale-Bewegung vor ein paar Wochen schon mehr als 160 Menschen getötet wurden. Gleichzeitig gebe es aber auch Erfolge: Die Entführungen in Haiti seien in den letzten Wochen drastisch zurückgegangen, heisst es in dem Bericht, ebenso die Zahl der Morde. «Ohne ein Werturteil abzugeben, hat die Bwa-Kale-Bewegung in nur einem Monat überzeugende, sichtbare Ergebnisse erzielt.» Die Entwicklung ist zum einen eine direkte Konsequenz aus dem Versagen des Staates und der Sicherheitskräfte. Seit vor rund zwei Jahren Haitis Präsident Jovenel Moïse in seinem Haus

ermordet wurde, wird das Land von einer Interimsregierung geführt, die kaum Rückhalt hat. Immer wieder gibt es Proteste, seit Januar hat Haiti keinen einzigen demokratisch gewählten Regierungsvertreter mehr.

Katastrophale Versorgung

Dazu ist die Versorgungslage katastrophal: Insgesamt 4,9 Millionen Menschen in Haiti – fast die Hälfte der Bevölkerung – wissen nach Angaben der Vereinten Nationen nicht, wie sie sich dauerhaft ernähren können. Die Polizei ist unterbesetzt und wird nur noch sporadisch bezahlt. Schätzungen zufolge gibt es überhaupt nur noch etwa 9000 akti-

ve Polizeibeamte – für ein Land mit 11 Millionen Einwohnern.

Dass die Menschen in Haiti angesichts dieser verzweifelten Lage das Gesetz selbst in die Hand nehmen, scheint so fast schon ein logischer Schritt. «Die Menschen sehen keinen anderen Weg, um sich zu wehren gegen Kriminalität, Gewalt und Gesetzlosigkeit», sagt Esther Belliger von Helvetas. Die Schweizer Hilfsorganisation leistet schon seit langem Hilfe in Haiti, so dramatisch wie jetzt sei die Lage im Land aber wohl noch nie gewesen, sagt Belliger. Doch so verständlich es sei, dass die Menschen in Haiti zu Selbstschutz griffen, so gross seien die Gefah-

ren. «Viele ältere Haitianer erinnern sich noch, dass es auch schon früher in der Geschichte des Landes ähnliche Bürgerwehren gab», sagt Belliger. «Oft haben diese sich dann aber selbst irgendwann in kriminelle Banden verwandelt.»

Vergeltung droht

Die Gewalt in Haiti könnte noch weiter ausser Kontrolle geraten, fürchten Beobachter. Die Gangs könnten Vergeltung üben, im Netz zirkulieren bereits Videos, in denen angebliche Bandenbosse Gewalt androhen, sollten die Bürgerwehren in ihr Gebiet kommen. US-Vizepräsidentin Kamala Harris kündigte an, dass die

USA Gelder zur Verfügung stellen wollen, um die humanitäre Krise in Haiti zu lindern. Das aber sei nicht genug, glaubt Esther Belliger von Helvetas: «Was Haiti braucht, ist ein aktives Eingreifen der internationalen Gemeinschaft, und das heisst auch: Präsenz vor Ort.»

Hilfstruppen müssten in dem Karibikstaat stationiert werden, allen schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit zum Trotz. «Früher gab es auch aus der Bevölkerung immer wieder Widerstand gegen so eine Intervention», sagt Belliger. Mittlerweile aber hätten viele Haitianer ihre Meinung geändert: Zu ausweglos ist die Lage im Land.

Linke Grüne rebellieren gegen Annalena Baerbock

Streit um EU-Asylpolitik In der deutschen Ökopartei brechen die alten Gräben zwischen den Lagern wieder auf.

Es dauerte nur Minuten, bis sich die Grünen-Spitze diametral widersprach. Parteichefin Ricarda Lang meinte, Deutschland hätte den Reformen der europäischen Asylpolitik in Brüssel nicht zustimmen dürfen. Co-Chef Omid Nouripour twitterte: «In der Gesamtschau komme ich zu dem Schluss, dass die Zustimmung ein notwendiger Schritt ist, um in Europa gemeinsam vorzugehen.» Die beiden Fraktionschefinnen taten es ihnen gleich: «Reala» Britta Hasselmann verteidigte den Kompromiss, Katharina Dröge vom linken Flügel kritisierte ihn.

Anlass für den Zwist war eine Zustimmung, die kurz zuvor Annalena Baerbock gegeben hatte. Die grüne deutsche Aussenministerin hatte den Kompromiss

ihrer Regierungskollegin Nancy Faeser (SPD) unterstützt, obwohl dieser eine rote Linie überschritt, die die Grünen vor den Verhandlungen gezogen hatten: Geflüchtete Familien mit Kindern müssten von der Inhaftierung in Lagern an der EU-Aussengrenze ausgenommen werden.

Deutschland warb für diese Ausnahme, stand aber beinahe allein. Ohne die Zustimmung aus Berlin wären indes die Verhandlungen gescheitert. «Wenn wir die Reform als Bundesregierung alleine hätten beschliessen können», sagte Baerbock, «dann sähe sie anders aus.» Wer diesen Kompromiss für inakzeptabel halte, müsse wissen, dass ohne ihn auch die neu beschlossene Verteilung von Asylsuchenden in der EU nicht möglich gewesen



Mit Kritik konfrontiert: Annalena Baerbock. Foto: AFP

wäre. «Ein Nein oder eine Enthaltung Deutschlands zu der Reform hätte mehr Leid, nicht weniger bedeutet.»

Baerbocks Erklärungen zum Trotz ist die Empörung bei den Grünen seither gewachsen. Der junge Bundestagsabgeordnete Julian Pahlke, der sich für die Seenotrettung im Mittelmeer engagiert, sprach vom «bittersten

Tag» in seinem politischen Leben und nannte die Zustimmung eine «historische Schande». Ein anderer sprach von einem «Hartz-IV-Moment» der Grünen – in Anlehnung an die von SPD-Kanzler Gerhard Schröder verantworteten Sozialreformen der 2000er-Jahre. Asylorganisationen brachten Bilder von Baerbock und Vizekanzler Robert Habeck in Umlauf, die sich für «ein Europa, das rettet» engagiert hätten, und überschrieben sie mit: «ein Europa, das inhaftiert».

Viele linke Grüne hegen Vorstellungen einer humanitären Flüchtlingspolitik, die mit der Realität an den europäischen Aussengrenzen nur noch wenig zu tun haben. Deutschland wiederum ist mit seiner vergleichsweise grosszügigen Aufnahme-

praxis in Europa zunehmend isoliert, die Grünen ihrerseits unter den deutschen Parteien.

Bei den Grünen selbst reisst der Entscheid politische Gräben wieder auf, die in der Amtszeit der Parteichefs Habeck und Baerbock mit viel Fleiss zugeschüttet worden waren: die zwischen «Realos» und «Fundis».

Droht eine Blockade?

Jürgen Trittin, unter Schröder einst Umweltminister und einer der führenden «Fundis», droht den aktuellen Regierungsmitgliedern Habeck und Baerbock denn auch bereits: Würden Familien und Kinder von den neuen Grenzverfahren nicht ausgenommen, müsse ein Sonderparteitag die Position der Grünen klären. Maliziös fügt er hinzu, ein

solches Vorgehen könnte Partei und Regierung monatelang lähmen. Mit einer ähnlichen Drohung hatte der 68-Jährige im letzten Herbst schon verhindert, dass Wirtschaftsminister Habeck den Weiterbetrieb dreier Atomkraftwerke über den Winter von sich aus hätte erlauben können.

Die Parteispitze kommt am Samstag zu einem kleinen Parteitag in Hessen zusammen und wird versuchen, die Lage fürs Erste zu entschärfen. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Gräben dabei erst recht vertiefen. Ändern können die Grünen die Reform im Prinzip nur noch im Europäischen Parlament. Aber auch dort stehen sie in der Asylfrage ziemlich allein.

Dominique Eigenmann, Berlin